



Soziale Initiative Pöbneck
www.soziale-initiative-poessneck.de

Constanze Truschzinski
Rosa Luxemburg Str. 13

Pöbneck, 30. August 2009

Pressemitteilung

Mit Bitte um Veröffentlichung

Kein Signal zu Straßenausbaubeiträgen aus Pöbneck
Stadtrat sieht keinen Handlungsbedarf

Der Antrag den Gesetzgeber aufzufordern endlich das Thüringer Kommunalabgabengesetz für Straßenausbaubeiträge zu ändern fand keine Mehrheit im Pöbnecker Stadtrat.

Wolfgang Kleindienst (BIRSO) konnte dem Antrag nicht folgen, weil er „eine Aufweichung der Forderung nach Abschaffung der Zwangsbeiträge bedeutet.“ Dabei hatte die SIP innerhalb der Diskussion den Antrag mit der Intension zur Abschaffung der Beiträge hin geändert, und das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen auf Nichterhebung der Beiträge erweitert.

Herr Borchert FDP/ FW sah „die Zuständigkeit des Stadtrates nicht gegeben“, da der Stadtrat keine Gesetze ändern kann. So wird nach dem Motto gehandelt: „Abwarten und machen was gefordert wird. Ohne dabei die Leistungsfähigkeit der Bürger und die Sinnhaftigkeit des Gesetzes zu berücksichtigen. DIE LINKE. hatte gar keine Meinung. Was wohl der Abneigung gegenüber dem Antragsteller geschuldet ist. Lediglich Marc Rosner und Marco Lucanus von der SPD stimmten der Erklärung zu Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen zu.

Wie mit dem Votum des Stadtrates umgegangen wird und welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu Fragen des Straßenausbaubeitragsrechtes in Pöbneck noch ausgeschöpft werden, um dem Ziel Abschaffung der Zwangsbeiträge näher zu kommen wird die Soziale Initiative Pöbneck diskutieren. Denkbar wäre ein Bürgerantrag zum Thema. Denn es ist nicht einzusehen, dass es in Thüringen keine einheitliche Rechtsauslegung bei Straßenausbaubeiträgen gibt, und Bürger infolge von Beiträgen um ihr Eigentum gebacht werden.

Constanze Truschzinski
SIP

www.constanzetruschzinski.de

geänderter Antragstext: gestrichenes oder ergänztes Rot und kursiv

Antrag:

Der Stadtrat beschließt nachfolgende Erklärung und beauftragt den Bürgermeister Michael Modde diese gegenüber dem Gesetzgeber geltend zu machen.

Pöbnecker Erklärung

Die Stadt Pöbneck hält die Bürgerbeteiligung an den Straßenausbaukosten in Form von **einmaligen** Beiträgen für ungeeignet. Die Stadt Pöbneck fordert den Gesetzgeber auf, den Kommunen im Rahmen ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechtes die Möglichkeit des steuerfinanzierten Straßenausbaus einzuräumen, bzw. die Gesetzeslage für wiederkehrende Beiträge nach §7a KAG rechtssicher zu gestalten, **oder Beiträge nicht zu erheben.**